

Beschluss des Parteirats

In seiner Sitzung am 19. April 2008

AntragstellerInnen: Bastian Bergerhoff, Martina Feldmayer, Sarah Sorge, Wulfila Walter (KV Frankfurt)



Grüne lehnen Großmüllverbrennungsanlage in Frankfurt am Main auf dem Gelände der Infraserb ab

5

- der Parteirat lehnt die geplante Großmüllverbrennungsanlage im Frankfurter Westen ab.
- der Parteirat fordert ein Umdenken in der Müllpolitik, hin zur Müllvermeidung und Wiederverwertung von Müll vor Müllverbrennung.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert vor dem Hintergrund der EU-Grenzwerte, die ab 2010 gelten einen deutlicheren Beitrag der Industrie zur Luftreinhaltung sicherzustellen. Hierzu soll auch eine Gesamtbelastung der Luft durch unterschiedliche Emittenten bei der Genehmigung neuer Anlagen mit berücksichtigt werden.
- Der Parteirat unterstützt die Klage des BUND gegen die geplante Großmüllverbrennungsanlage und weist auf den Spendenaufruf der Bürgerinitiativen hin.

Begründung:

Auf dem Gelände der Infraserb in Frankfurt am Main soll die größte Müllverbrennungsanlage Deutschlands mit einer Kapazität von 700.000 Tonnen im Jahr in Betrieb gehen. Die Anlage soll mit so genanntem „Ersatzbrennstoff“ befeuert werden, was eine irreführende Bezeichnung für Hausmüll, Gewerbemüll und Müll aus der gelben Tonne sowie sortenreine Produktionsreststoffe wie Kunststoffspäne und anderes ist. Die Vertreter der Firma Infraserb präsentieren ihren „Ersatzbrennstoff“ als fein geschredderte, saubere Kügelchen und Flocken, was ihm den Anschein eines reinen und harmlosen Brennstoffes gibt. In Wirklichkeit wird über ein Drittel des Mülls, nämlich 237.000 Tonnen, nach der Verbrennung als Rückstand auf Deponien gefahren. Davon müssen 170.000 Tonnen auf Grund ihrer Gefährlichkeit in Sonderdeponien unter Tage verbracht werden. Diese Art von Müllpolitik darf keine Zukunft haben.

Fakt ist, dass es mit dem Betrieb der Anlage zu einem Anstieg von Stickstoffdioxid kommen wird. Fakt ist, dass es zu einem Anstieg der Feinstaubbelastung mit dem Betrieb der Anlage kommen wird. Fakt ist weiterhin, dass zum Betrieb der Anlage täglich ca. 480 LKW den Müll an- und abtransportieren werden, nach Feiertagen werden es sogar bis zu 960 LKW sein.

Die Stickstoffdioxidbelastung ist an der Luftmessstation in Höchst, die der geplanten Müllverbrennungsanlage am nächsten ist, jetzt schon mit 47 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft zu hoch. Ab 2010 gelten die EU-Grenzwerte für Stickoxide verbindlich. Dann sind nur noch 40

Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft erlaubt. Durch die Müllverbrennungsanlage wird es zu einer weiteren Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid kommen.

Die Bevölkerung im Frankfurter Westen ist durch den Betrieb von Klärschlammverbrennungsanlagen, durch die chemische Industrie, durch den Frankfurter Flughafen und durch den Autoverkehr bereits extrem belastet. Die Luftbelastung durch die jetzt geplante Großmüllverbrennungsanlage würde die Grenze des Zumutbaren überschreiten.

Die Stadt Frankfurt am Main wird eine Umweltzone einrichten, damit die Feinstaubbelastung für die Menschen reduziert wird. Hierzu werden die Autofahrerinnen und Autofahrer ihren Beitrag leisten müssen. Jetzt ist die Industrie gefordert, auch ihren Beitrag zur Luftreinhaltung zu leisten. Das geht nicht mit weiteren ökologisch und müllpolitisch unsinnigen Vorhaben wie der so genannten „Ersatzbrennstoffanlage“.